**Bezugsgebühr**
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.

**Anzeigentarif.**
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten 2c.), bes. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Das Putz- & Mode-Magazin J. M. Korschatz Hoflieferant, Stroh- & Filzhutfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1873, bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Simon's Annen-Hof Dresden (im Centrum der Stadt). Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen. Mässige Preise. Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.

Eing.-Schutzm. Carl Tiedemann, Hoflieferant. Gegr. 1833. Bester Fussbodenanstrich ist Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend. Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 18. Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

„Invalidendank" Dresden, Seestrasse 5, I. Fernsprechstelle 1117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effekten-Kontrolle unter Garantie. IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Familien- Handwerker- Strohhut- Nähmaschinen H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik. Verkauf in der Fabrik: Dresden, Chemnitzerstrasse 26, und Waisenhausstrasse 5. Striesenerstrasse 18.

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Pörschel & Schneider Scheffelstrasse 19.

**Nr. 204.** Spiegel: Die Politik der Sammlung. Hofnachrichten. Zu den Landtagswahlen in Sachsen. Amtl. Bekanntmachungen. Monumentale Bauweise. Reichspostverwaltung. Raupen als Krankheitserreger. Armeeveränderungen. | Muthmaßliche Witterung: Wärmer, wenig naß. | **Sonntag, 25. Juli.**

## Für die Monate August und September

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Im Laufe des Monat August wird in unserer „Belletristischen Beilage" mit dem Abdrucke des Romans

**„Die Erlkönigin"**
von
**Nataly von Eschstruth**

begonnen.

### Politisches.

Zum ersten Male seit seiner Ernennung zum Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums hat der Finanzminister v. Miquel vorgestern im preußischen Abgeordnetenhause die Gelegenheit ergriffen, durch eine kurze Erklärung zu einer Tagesfrage, die außerhalb seines Ressorts liegt, zu bethätigen, daß er thatsächlich die Leitung der Regierungspolitik in Preußen übernommen hat. Während er früher sich sorgsam zu hüten pflegte, zu Angelegenheiten von allgemeiner politischer Bedeutung, die nicht unmittelbar in den Bereich seines ministeriellen Geschäftskreises fallen, mit bindenden Aeußerungen Stellung zu nehmen, war ihm jetzt die erste Veranlassung, die sich ihm zu einer Auslassung programmatischer Natur bot, willkommen, um ohne Zögern in Kürze zwar, aber doch mit ausreichender Entschiedenheit und Deutlichkeit den Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, der fortan für die Führung der preußischen Politik maßgebend sein soll. Die wenigen Worte, mit denen Herr v. Miquel die plumpe Aufforderung seines ehemaligen Fraktionsgenossen Rickert, den Antrag des Bundes der Landwirthe auf Erlaß des zeitweiligen Getreideeinfuhrverbots als groben Unfug zu bezeichnen, zurückwies, enthalten die präzise Zusammenfassung der Grundgedanken der Programmrede, die er bei der Brückenweihe in Solingen gehalten hat. Dort hatte er ausführlich dargethan, daß im Wesentlichen die Interessen aller arbeitenden und erwerbenden Klassen die gleichen sind und daß daher bei dieser Gemeinsamkeit die großen Produktivstände auf ein engeres Zusammengehen bedacht sein müßten. Der Staatsregierung erkannte er vor Allem die Pflicht zu, für die Versöhnung der Gegensätze, für den Ausgleich der abweichenden Meinungen zu sorgen und Ruhe und Frieden im Lande herzustellen. „Das Bestreben der Regierung," sagte am Freitag der jetzige Stellvertreter des Reichskanzlers im preußischen Ministerium, „geht dahin, eine Politik der Sammlung zu führen und die bestehenden Gegensätze auszugleichen, nicht aber durch Annahme des Tones, wie ihn der Abg. Rickert angeschlagen hat, diese Gegensätze noch zu verschärfen." Es ist hiermit in erster Linie eine scharfe Verurtheilung jener maßlosen Hetzereien ausgesprochen, die seit Jahren die Vertreter des Manchesterthums in der Presse und in den Parlamenten und leider auch der linke Flügel der nationalliberalen Presse gegen die agrarischen Bestrebungen richten. Auch die neueste oratorische Leistung des Führers der Freisinnigen Vereinigung gipfelte in der Wiederholung der öden Schlagworte und Schimpfphrasen, die sich die Blätter der Börsenjobber und gesinnungsverwandte Organe zur Verunglimpfung aller Derer zurecht gelegt haben, die es wagen, immer wieder an die Nothlage der Landwirthschaft zu erinnern und mit Energie für die Pflege und Förderung der landwirthschaftlichen Interessen in die Schranken zu treten.

Die Mahnung Miquel's, in den politischen Tageskämpfen Maß zu halten und auf eine künstliche Erweiterung der wirklichen oder vermeintlichen Gegensätze zu verzichten, wird bei den Vorkämpfern des extremen Liberalismus und bei dessen sozialdemokratischen Bundesgenossen schwerlich auf fruchtbaren Boden fallen. Aber die Mahnung Miquel's, besonders im Zusammenhange mit der Betonung des Bestrebens der Regierung, eine Politik der Sammlung zu führen, ist naturgemäß nicht blos nach der linken Seite gerichtet. Indem er die Aufforderung an die Regierung, „sich die Tonart und die Heftigkeit anzueignen, die die verschiedenen Parteien im Parteikampfe gegen einander in Anwendung bringen", entschieden ablehnte, hat er ausgesprochen, daß die Schuld an der Erweiterung der Parteigegensätze und der Verhetzung der Parteien unter einander nicht nur auf das Konto einer einzelnen Parteirichtung zu setzen ist, sondern mehr oder weniger alle Parteien belastet. Die Politik der Sammlung, die der jetzige Leiter der preußischen Politik im Auge hat, bezweckt in erster Linie die enge Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unseres Volkes. Dieses Ziel ist während des neuen Kurses gerade von Denen außer Acht gelassen worden, die an erster Stelle berufen waren, das einhellige friedliche Zusammengehen der nationalen Parteirichtungen zu ermöglichen und aufrecht zu erhalten. Eine Zeit lang waren es wohl weniger die Führer der nationalen Parteien, als vielmehr die Vertreter der Regierung, die durch die Tonart ihrer Polemik insbesondere gegen die Konservativen und Vorkämpfer der landwirthschaftlichen Interessen dazu beitrugen, daß wir uns von diesem Ziele, wie es von Miquel wieder für die Regierung gesteckt worden ist, immer weiter entfernen mußten. In der Tonart der Rickert und Genossen sind vom Regierungstische aus berechtigte Bestrebungen und Agitationen von staatserhaltender und nationaler Tendenz als demagogisch, als staats- und gemeingefährlich behandelt worden. Der wiederholte kräftige Appell des Kaisers zur Sammlung der nationalen Elemente mußte deshalb wirkungslos verhallen, weil die verantwortlichen Rathgeber der Krone nicht die Voraussetzungen zu schaffen oder wiederherzustellen vermochten, unter denen allein ein ersprießliches, festes, dauerndes Zusammenwirken aller staatserhaltenden Faktoren auf der ganzen Linie der Politik stattfinden kann. Die eine dieser Voraussetzungen soll durch Miquel erfüllt werden. Unter seiner Führung sollen in Zukunft die bestehenden Gegensätze nicht mehr dadurch verschärft werden, daß die Regierung und deren Organe an der nichtsachlichen, gehässigen Kampfesweise, wie sie die Parteien unter einander betreiben, theilnehmen. Aber zur Politik der Sammlung bedarf es vor Allem auch der positiven Regierungsaktionen, die den Zweck verfolgen, den gemeinsamen Boden zu schaffen, auf den sich die nationalen Parteien vereinigen können. Die den staatserhaltenden Kräften gemeinsamen politischen Grundanschauungen und die den großen Produktivständen gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen können nicht zu praktischer Geltung gelangen, wenn die Regierungspolitik nicht in klarer und entschiedener Weise die Basis gewährt, auf der sich die Solidarität der zu sammelnden Elemente wirksam erweisen kann. Das Programm wie es Miquel in Solingen skizzirt hat, würde geeignet sein, eine solche Basis herzustellen, wenn es diesem Staatsmann beschieden bleibt, sein Programm einheitlich, energisch und mit dem ihm eigenen parlamentarischen Geschick zu vertreten und durchzuführen.

An der Gesundung der politischen Verhältnisse haben in zweiter Linie die nationalen Parteien und deren Führer mitzuwirken, vor Allem dadurch, daß sie bemüht sind, die kleinlichen Fraktionsstreitigkeiten nicht zur Hauptsache zu machen, sondern daß sie sich der Zusammengehörigkeit bewußt werden und die Ueberzeugung bethätigen, daß das Vaterland über die Partei, das allgemeine Wohl über die Sonderinteressen zu stellen ist. Gegen die Forderung, die trennenden gegensätzlichen Parteiangelegenheiten und die fraktionellen Agitationsinteressen in den Hintergrund treten zu lassen, um Raum zu schaffen zur Einigung, zur Geltendmachung und Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben, ist in den letzten Jahren so arg gesündigt worden, daß schließlich die Verhetzung und Zersetzung der Parteien zu einem Kriege Aller gegen Alle ausarten mußte. Weder die Nationalliberalen noch die Konservativen und der Bund der Landwirthe sind von dem Vorwurfe freizusprechen, daß sie weit mehr, als zur Wahrung des bis zu einem gewissen Grade unerläßlichen Parteistandpunkts nöthig ist, bei ihren Agitationen die verwandten Parteirichtungen in einer gehässigen, dem engherzigen Konkurrenzneide entspringenden Weise befehdet haben, so daß ein Zusammenarbeiten zur Lösung der großen patriotischen Aufgaben von vornherein erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden mußte. Die Warnung Miquel's vor der Schaffung künstlicher Gegensätze erfolgt in einem Augenblicke, wo in Preußen zwischen den Konservativen und dem Bunde der Landwirthe, zwei Richtungen, die, soweit sie nicht zusammenfallen, auf gegenseitige Unterstützung und einmüthiges Zusammenarbeiten angewiesen sind, Streitigkeiten und Zerwürfnisse sich anzubahnen drohen, die, wenn sie nicht rechtzeitig beseitigt werden, für beide Theile verhängnißvoll werden können. Nur eine gewissenlose, rein agitatorische Taktik, wie sie von professionellen Demagogen geübt wird, könnte im Stande sein, eine Scheidewand zwischen der politischen Partei der Konservativen und der wirthschaftlichen Vereinigung der Agrarier aufzurichten. Mögen insbesondere die Führer des Bundes der Landwirthe nicht vergessen, daß es nur die Politik der Sammlung gewesen ist, welche diesen Bund zu einem machtvollen Faktor gemacht hat!

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Juli.

* Washington. Der Senat nahm den Konferenzbericht über die Tarifbill an.

* Washington. Die Annahme der Tarifbill erfolgte im Senate mit 40 gegen 30 Stimmen.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Die Tribünen sind überfüllt. Zur Berathung steht die vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangte Novelle zum Vereinsgesetz. Minister des Innern v. d. Recke: Die Regierung hat nach reiflicher Erwägung geglaubt, den Beschlüssen des Herrenhauses zustimmen zu sollen. Sie bleibt nach wie vor dabei, daß ein dringendes Bedürfniß besteht, die staatlichen Machtbefugnisse auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts zu vermehren, insbesondere zur besseren Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen. Dieses Bedürfniß ist seit Aufhebung des Sozialistengesetzes in stetig steigendem Maße hervorgetreten. Wer offenen Auges und Ohres beobachtet, kann sich nicht verhehlen, daß man diese Umsturzbestrebungen einfach nur geduldet hat, weil es an Abwehrmitteln fehlte. Es wird sicher ein großer Theil sich von den sozialdemokratischen Bestrebungen zurückziehen, wenn dieses Gesetz durchgeht. (Gelächter links.) Eine solche Scheidung der Nicht-Zielbewußten von den Zielbewußten trat ja auch schon unter dem Sozialistengesetz ein. Der Minister schildert sodann die Bestrebungen, besonders auch die ländliche Bevölkerung in die sozialdemokratischen Netze hineinzuziehen, was namentlich auch die Vertreter ländlicher Wahlkreise veranlassen müsse, dieses Gesetz anzunehmen. Ganz besonders aber komme in Betracht die Rücksicht auf das Heer. Dank der eisernen Disziplin ist das Heer noch ganz frei von sozialdemokratischen Bestrebungen. Wir hoffen auch, daß die Reservisten und Landwehrmänner, ihres Eides eingedenk, sich jener Verlockungen erwehren werden. Aber dieselben müssen hierin unterstützt werden. Sobald die sozialdemokratischen Führer merken, daß der Staat auf das Heer nicht mehr rechnen kann, dann ist der Anfang vom Ende gekommen. (Heiterkeit.) Daß die Sozialdemokratie eine Reformpartei ist, das zu glauben können Sie der Regierung nicht zumuthen. Sie bleibt eine revolutionäre Partei, wenn sie auch aus Nützlichkeitsgründen noch ein Mäntelchen umhängt. Sie wird jede Gelegenheit wahrnehmen, uns zu vernichten, wenn wir ihr nicht zuvorkommen. Die Regierung ist sich freilich bewußt, daß Polizeimittel keine Radikalmittel sind. Es bedarf auch positiver Mittel. Keinesfalls konnte die Regierung die Beschlüsse des Herrenhauses ablehnen, weil diese einen andern Weg einschlagen. Wir hätten gern den Weg der Sondergesetzgebung vermieden, aber wir haben es ja oft genug ausgesprochen, daß wir nur diejenigen Bestrebungen treffen wollen, welche in der Fassung des Herrenhauses gekennzeichnet sind. Daher können wir nicht wegen dieses Bedenkens gegen die Sondergesetzgebung das ganze Gesetz in seiner jetzigen Fassung ablehnen. Der Minister tritt dann den verfassungsmäßigen Bedenken betreffs der Kompetenz des Reiches für die Vereinsgesetzgebung entgegen und fährt fort: Man sagt, diese Sondergesetzgebung erbittere, aber ich wiederhole: wir bezwecken in keiner Weise, berechtigten Bestrebungen irgendwie entgegenzutreten. Wer den Staat in außergewöhnlicher Weise bekämpft, kann sich nicht wundern, wenn auch der Staat zu seiner Vertheidigung außergewöhnliche Mittel ergreift. Und was den Weg der Landesgesetzgebung und die dagegen laut gewordenen Bedenken angeht, so ist doch jeder Staat sich selbst der nächste. Wir erstreben ja auch nur die Machtmittel, die in anderen Staaten schon bestehen. Es ist also auch keineswegs von diesem Gesetze ein Abströmen der Sozialdemokraten in andere Staaten zu erwarten. Wir fällen hier nur Lücken aus, die anderwärts nicht bestehen. Hierfür ein Beispiel: In Hamburg wurden zwei anarchistische Vereine aufgehoben. Dieselben hatten nichts Eiligeres zu thun, als sich in Altona niederzulassen. (Rufe rechts: Hört, hört!) Nur ein zufälliger Umstand hat ihre Aufhebung auch in Altona ermöglicht. Ich bitte Sie daher dringend, ergreifen Sie die Hand, die das Herrenhaus zur Verständigung reicht. (Lachen links.) Wir tasten keineswegs das Vereins- und Versammlungsrecht an, wir thun hier nur einen Akt des gesunden Menschenverstandes. (Gelächter.) Was sind gegenüber diesen eminent praktischen Erwägungen alle mühsam dagegen zusammengetragenen Einwände? (Wiederholtes Gelächter links.) Man sollte der Staatsregierung danken. (Bravo rechts und Gelächter links.) Sie werden künftig noch einmal sagen, daß die Regierung ganz recht daran gethan hat, Ihnen nochmals Gelegenheit zu geben, Stellung zu diesem Gesetz zu nehmen. (Bravo rechts, Zischen links.) Abg. Hobrecht (nat.-lib.): Das Herrenhaus hat unsere Einwände und Bedenken kaum erwähnt und uns sogar Motive untergeschoben, die zum Mindesten für uns nicht schmeichelhaft sind, indem man uns vorwarf, wir verschlössen unsere Augen vor der Gefahr der Lage. (Rufe rechts: Sehr richtig.) Wir stimmen gegen das Gesetz erstens, weil die Fassung zu unbestimmt ist und absolut kein sicheres Merkmal für ein staatliches Einschreiten giebt, zweitens weil schon die Beschränkung auf Anarchisten und Sozialdemokraten die Unwirksamkeit eines solchen Landesgesetzes klar und deutlich zeigen würde. Der Verhetzung der Arbeiter, der Aufreizung zu Streiks und Aehnlichem würde dadurch nicht entgegengetreten werden. Das Gesetz würde nichts nützen und nur verbittern. (Zustimmung links.) Meine Partei würde das Gesetz nochmals so annehmen wie das vorige Mal, in jener Form war es vernünftig, aber heute bei der jetzigen Fassung müssen wir dagegen stimmen, mit Ausnahme eines Einzigen, der sich gebunden zu haben glaubt. (Beifall links.) — Graf Limburg-Stirum (kons.): Wir stimmen der Herrenhaus-Fassung zu; wird diese abgelehnt, so lehnen wir auch die übrigen einzelnen Paragraphen ab. Erfreulich war uns die feste Sprache des Ministers (Bravo rechts); sie wird im Lande die Ueberzeugung festigen, daß die Regierung entschlossen ist, Diejenigen zu unterstützen, die dem Umsturz entgegentreten. Es ist ein Unsinn, zu sagen, der Kampf müßte auf geistigem Gebiete ausgefochten werden. Wie lange wollen Sie denn der Verhetzung ruhig zusehen? Die Verantwortung für die Ablehnung des Gesetzes fällt auf die nationalliberale Partei. Große Theile des Bürgerthums, welche die Partei zu vertreten hat, stehen in dieser Frage nicht hinter ihr. (Widerspruch und Sehr richtig!) Die Nationalliberalen sagen stets: Wir wollen ja mitthun, nur gerade das nicht, was die Regierung will. (Sehr richtig!) Das Ergebniß der Abstimmung wird ja leider ein negatives sein, aber dem Minister danke ich nochmals für seine festen und entschiedenen Worte, die im Lande, wo man eine energische Regierung wünscht, den besten Eindruck machen werden. (Beifall und Widerspruch.) — Abg. Lieber (Centr.): Das Centrum wird bei seiner ablehnenden Haltung verbleiben; wir befürchten, daß wir selber von den neuen Bestimmungen getroffen werden könnten. Ein gebranntes Kind scheut das Feuer. (Sehr richtig!) Jeder anderen politischen Partei droht dieselbe Gefahr, jeder Verein kann geschlossen werden, dem ein Mitglied angehört, das umstürzlerische Bestrebungen zu Tage treten läßt. Man bedenke, daß ein eifriger Polizeibeamter mit diesen Bestimmungen Alles beginnen kann, und nach dem, was wir von untergeordneten Polizeibeamten erlebt haben, ist zu befürchten, daß namentlich während der Wahlbewegung Dinge passiren würden, an die heute kein Mensch denkt. So wäre es möglich, daß eine politische Partei, die sich ihres Gegners nicht erwehren kann, Anarchisten und Sozialdemokraten in dessen Versammlungen schickt, um diese zur Auflösung zu bringen. Weiß der Herr Minister nicht, daß das Sozialistengesetz die Bevölkerung in Schaaren der Sozialdemokratie zugetrieben hat? Wenn Jemand von der Opposition vollends gesagt hätte, daß auch die Armee nicht mehr zuverlässig sei, so würde ihm vom Regierungstisch der Vorwurf eines vaterlandslosen Gesellen gemacht worden sein. (Heiterkeit.) Eine Gefährdung der Armee müßte übrigens unter allen Umständen im Reiche erwogen werden. Wir erkennen an, daß die sozialistische Gefahr groß ist, aber was hat denn der Minister gethan, um die wirksamen Kräfte der Kirche gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen? Die Sozialdemokratie blüht da, wo die Gesetze strenger sind, als in Preußen. Bekämpfen kann man die Sozialdemokratie am besten mit sozialen Reformen und durch das Freimachen der religiösen Kräfte. Schließlich verwahrt

Meine Frau sagt: Triumph-Seife — ist doch die beste für Wäsche und Haushalt